



Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Stephan Färber

Im Hause

AfD Fraktion Offenbach

Rathaus

Berliner Straße 100

63065 Offenbach am Main

Tel: 069 / 80 65 35 08

Fax: 069 / 85 65 35 09

E-Mail: afd-fraktion@offenbach.de

Offenbach, den 29.03.2018

Anfrage gemäß § 40 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Schadstoffmessungen in der Stadt Offenbach

Die in den letzten Jahren in fast allen deutschen Großstädten durchgeführten Schadstoffmessungen übertrafen vielerorts die vorgegebenen strengen EU-Grenzwerte, was im Ergebnis zur Diskussion über Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in deutschen Innenstädten geführt hat. Das Ende Februar 2018 erfolgte Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig verschärft die Situation noch zusätzlich. Davon betroffen ist u.a. auch die Stadt Offenbach.

Laut EU-Richtlinien müssen Messungen mindestens 25 Meter vom Fahrbahnrand verkehrsreicher Kreuzungen und Straßen entfernt vorgenommen werden, sind aber in der täglichen Praxis teilweise nur durch den Gehweg von der Straße getrennt, oder erfolgen direkt daneben.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:

1. Nach welcher Methode erfolgt die Messung der Luftschadstoffe in der Stadt Offenbach, und warum wurde diese Messmethode ausgewählt?
2. Gibt es dazu alternative Messmethoden?

3. Wurden/werden diese in Offenbach alternativ angewandt und mit welchem Ergebnis schlossen/schließen, diese im Vergleich zur in der Stadt üblichen Messmethode, ab?
4. Wo befinden sich die Standorte der Messstellen in Offenbach, und wie viele Meter vom Fahrbahnrand entfernt wird dort gemessen?
5. Erfolgen die Messungen nur zu bestimmten Uhrzeiten oder rund um die Uhr? Falls nur zu bestimmten Tageszeiten, wann genau?
6. Wie hoch sind die Grenzwerte und welche Ergebnisse wurden an den Messstellen in Offenbach ermittelt?
7. Handelt es sich hierbei um Mittelwerte und/oder um Spitzenwerte?
8. Wie oft wurden die Grenzwerte bei den Messungen überschritten?
9. Mit welchen Konsequenzen muss gerechnet, bzw. welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, bzw. werden in Erwägung gezogen, um die Grenzwerte künftig einhalten zu können?

Fragesteller:

Hans-Joachim Münd, Stadtverordneter